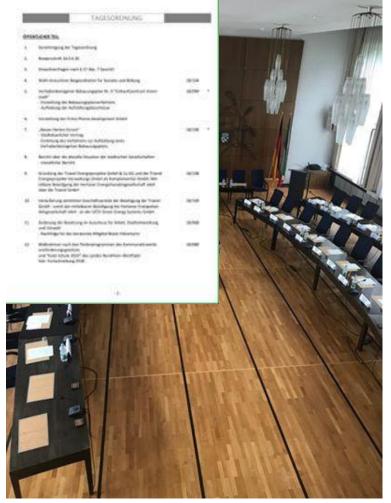
Wolfgang M. Kühn hat einen Beitrag geteilt.

https://www.facebook.com/hertencdu/posts/1865529816803051

Eine der wohl ungewöhnlichsten Ratssitzungen.

Über sechs Stunden lang. Mit Wahl eines Sozial-Beigeordneten, vielen Zuschauern, ersten Plänen zum Herten-Forum und einer Rücktrittsforderung an den Bürgermeister durch FDP-Ratsherr Jürgens:



CDU Herten - Stadtverband 10 Std.

Eine unglaubliche Ratssitzung!!!

Nach 3 Minuten eine erste Unterbrechung aufgrund von Rechtsunsicherheiten, eine rappelvolle Besuchertribüne und eine Aufforderung des FDP-Ratsherrn Joachim Jürgens an den Bürgermeister, er möge zurücktreten!

Ferner eine sehr nachdenkliche Stimmung des Bürgermeisters, als Vizebürgermeister Grunwald (SPD) zum "Ermächtigungsgesetz"-Vorwurf des Hertener Stadtoberhauptes seine persönliche Betroffenheit zum Ausdruck brachte!

So gab es fast nichts, was diese über sechsstündige!!! Ratssitzung nicht geboten hätte! (Daher der Post in zwei Teilen. Hier: TEIL 1)

Die Ratssitzung startete mit 3 Anträgen der CDU. Und obwohl mehrere

städtische Juristen im Saal zur Unterstützung des Bürgermeisters anwesend waren, musste die Sitzung direkt knapp 30 Minuten unterbrochen werden, weil die "Rechtsexperten" sich nicht in der Lage sahen, hierzu dem Bürgermeister fachlich zur Seite zu springen. Im Gegenteil, auch nach der Beratung wollten nicht die städtischen Juristen die Frage beantworten, sondern ließen den Personal-Fachbereichsleiter Michael Wilke - kein Jurist sondern ein "Verwaltungsmann" - die eigentlich juristische Frage beantworten.

Was war passiert?

Der Bürgermeister hatte am Abend vor der Ratssitzung noch eine Mail an die Fraktionsvorsitzenden der im Rat vertretenen Parteien gesandt, in welcher er vorschlug, noch einmal die Kriterien für die Auswahl zur Besetzung der Stelle des Sozial-Beigeordneten zu modifizieren. Daher wollte CDU-Fraktionschef Stefan Grave wissen, ob klar sei, dass die nun anstehende Wahl zum Beigeordneten auch nach dieser Mail noch rechtlich gesichert sei. Schließlich wäre es fatal für die Stadt, wenn ein Beigeordneter

gewählt würde und ein unterlegener Bewerber aufgrund von Verfahrensfehlern eine Konkurrentenklage erheben könnte. In anderen Städten hat dies immerhin schon dazu geführt, dass eine Wahl eines bereits tätigen Beigeordneten (Spitzenbeamter des Verwaltungsvorstands) von einem Gericht für ungültig erklärt wurde.

Zur Klärung dieser Frage musste der Bürgermeister die Sitzung rund 30 Minuten unterbrechen. Eine Frage, die wohl nicht mal eben rechtssicher zu beantworten war. So wurde dann wie beschrieben auch der Verwaltungsmann Wilke für die Antwort herangezogen. Als CDU-Fraktionschef Grave anschließend gezielt sowohl den Juristen und ersten Beigeordneten (stellv. Verwaltungschef im Rathaus) Mathias Steck, als auch die Leiterin der Stabsstelle des Bürgermeisters, die Juristin Dr. Yvonne Hötzel fragte, ob sie die Aussage von Herrn Wilke juristisch sicher bestätigen könnten, zuckten beide mit den Schultern.

Für die vielen Zuschauer auf der Besuchertribüne ein grauseliges Bild, welche "Kompetenz" hier gezeigt wurde. Dass der Bürgermeister, als gelernter Werbetechniker, solche Fragen nicht beantworten kann, ist klar. Aber genau deshalb hat er ja entsprechend mehrere städtische Juristen an seiner Seite, die ihm dieses Fachwissen zuarbeiten sollen. Dafür, dass es an diesem Abend so gelaufen ist, kann der Bürgermeister nichts. Hierauf kann er sich jedoch nicht berufen, wenn sich solche Szenen weiterhin wiederholen, denn eine solche Situation kam nun zum wiederholten Mal in seiner Ratsführung vor.

Dies ist übrigens auch bei seinem Amtsvorgänger Dr. Uli Paetzel 1-2 mal vorgekommen. Jedoch führte dies sehr schnell dazu, dass die juristische Beratung des Bürgermeisters in den Ratssitzungen personell geändert wurde. Man darf also gespannt sein, wie es hier weiter geht. Schließlich duldet der Bürgermeister nicht einmal im Ansatz Kritik an seiner Verwaltung bzw. in konkreten Fällen an den handelnden Verwaltungsmitarbeitern. Dies kann man sicher so machen, führt aber am Ende dazu, dass sich der Bürgermeister höchst selbst die Verantwortung für jegliches Handeln, auch das seiner Top-Führungskräfte, auf seine Schultern lädt.

Als nächstes, beantragte Grave, das Sportstättenkonzept AUF die Tagesordnung nehmen und dafür den Behelfshaltepunkt von dieser herunter zu nehmen. Ersteres, weil sich in der laufenden Woche hierzu viele Fragen ergeben haben, letzteres, weil auch im Haupt- und Finanzausschuss schon alles gesagt wurde und die Versäumnisse der Verwaltungsspitze nach der Akteneinsicht von Frau Ruhardt (Linke) hierzu offensichtlich geworden sind (siehe Bericht HuFA Teil 2 https://www.face-book.com/1058189624203745/posts/1858138134208886/) und die SPD ihrem Baurat Heidenreich (SPD) in gewohnt treuer Ergebenheit wieder blind folgt.

Dabei haben die Sozialdemokraten offensichtlich übersehen, dass sie sich mit jedem Jahr, in welchem die S-Bahn 9 ab 12/2019 jährlich 13.728 mal ohne Halt durch Herten fährt, nun mit in die Haftung genommen hat! Gleiches gilt für den Baurat, der in der HuFA-Sitzung bereits angedeutet hat, dass es wohl mind. ein Jahr später wird mit dem S-Bahn-Start.

Trotzdem feierte die SPD auf ihrer Facebookseite dies schon als Durchbruch für den (irgendwann kommenden) S-Bahn-Haltepunkt. Manch Kenner der Materie fühlt sich daran erinnert, wie Hertens SPD-Chef Löcker vor der letzten Wahl den Bau eines Lebensmittel-Vollsortimenters in Langenbochum mit den Worten ankündigte: "EDEKA plant schon fleißig". Vier Jahre später möchte die Hertener SPD an diese leere Ankündigung lieber nicht mehr erinnert werden. Dies wird im Bezug auf die Planung des Hertener Bahnhaltes in einigen Jahren wohl genau so sein!

Erfreulicherweise war bei dieser Sitzung das Bürgerinteresse so groß, dass die Besuchertribüne völlig überfüllt war. Da neben den Sitzplätzen auf der Tribüne aus statischen Gründen nur 5 Stehplätze zur Verfügung stehen, sollten 20-30 Bürger vor dem Saal die Sitzung über Lautsprecher im Flur verfolgen. Ein Unding. Als der persönliche Referent des Bürgermeisters, der ebenfalls auf der Besuchertribüne

saß, darauf angesprochen wurde, ob die Bürger nicht wenigstens unten im Ratssaal stehen könnte, verneinte er dies als Unmöglichkeit.

Jedoch zeigte die Politik, dass sie hier weitaus unkomplizierter ist. Auf einen Vorstoß der Ratspolitiker durften dann erstmalig Bürger in den Ratssaal und dort freie Plätze einnehmen.

Mit ihrem Antrag, dass Sportstättenkonzept als eigenen Tagesordnungspunkt aufzunehmen, konnte sich die CDU immerhin durchsetzen. Hier wollte der Bürgermeister lediglich, dass das Thema als "Mitteilung der Verwaltung" - also OHNE Diskussion der Politik - abgetan wird.

Auch bei den "Einwohnerfragen" der Bürgerinnen und Bürger gab es erfreulich viele Wortmeldungen.

So fragte ein Bürger den Bürgermeister: "Wenn schon bekannt sei, dass so viele interessierte Bürger zur Ratssitzung kommen, dass man im Flur Lautsprecher und Stehtische aufstellt, warum wird dann die Ratssitzung nicht direkt ins Glashaus verlegt, wo Platz für alle sei? Schließlich sind auch die Temperaturen bekanntermaßen auf der Besuchertribüne regelmäßig extrem hoch. Auch hierzu müsse man sich mal etwas einfallen lassen."

Ein anderer Bürger fragte den Bürgermeister sehr fundiert und konkret zum strittigen Sportstättenkonzept. Dabei waren seine detaillierten Fragen zu den Punkten:

Konzept zur gleichzeitige Nutzung eines Platzes durch Fußballer und Leichtathleten?

Gibt es einen Schlüssel für Schulen zur Platzbelegung?

Sollen die Leser des Sportstättenkonzeptes in eine bestimmte, für die Stadt gefällige Richtung gedrängt werden?

Welche Kosten verursacht die von der Stadt angedachte Leichtathletikanlage?

Werden zum Sportstättenkonzept alle Vereine gefragt, oder nur die Betroffenen?

Ist eine Vierfeld-Sporthalle am Gymnasium geplant, oder lediglich eine Dreifeldhalle?

Zwischenzeitlich unterbrach der Bürgermeister den fragenden Bürger mit dem Hinweis, er möge seine Fragen schriftlich einreichen, da diese eh nicht in der Sitzung zu beantworten seien. Hierauf gab es ein grummeln im Saal und die Politiker im Ratssaal forderten, dass der Bürger seine Fragen weiter vortragen möge, damit alle diese hören würden. Auch beantragte die Politik, dass der Bürgermeister die Antworten auf die Einwohnerfragen nicht nur an den fragenden Bürger, sondern auch an die Fraktionen senden möge.

Weitere Bürger fragten zu den Punkten:

Es gibt von 2014 einen Beschluss zu einer Tartanbahn für Leichtathleten. Ob dieser Beschluss noch umgesetzt wird?

Kita "In der Feige": Wie sieht es mit dem Brandschutz aus?

Kanalarbeiten "In der Feige": Wann werden diese wie umgesetzt? Wie wird die ohnehin katastrophale Parksituation dann geregelt?

Hiernach kam der Einstieg in die Tagesordnung der Ratssitzung:

Die Wahl des Beigeordneten für Soziales, Kultur und Sport verlief unkompliziert. Die geheime Abstimmung brachte ein klares Ergebnis. Der gebürtige Hertener und aktuell in Bremen beschäftigte Dr. Karsten Schneider wurde mit 35 von 44 Stimmen gewählt und wird sein neues Amt in der Hertener Verwaltungsspitze wohl im Oktober antreten.

Als nächstes wurde von der Firma Phönix Development die Planung zur Nachfolge des bisherigen "Herten-Forums" vorgestellt.

So möchte die Architektin in Kürze auch eine 3 D-Planung vorstellen, damit sich die Bürger ein noch besseres Bild von der zukünftigen Bebauung machen können.

Nach der rund 45minütigen Präsentation stellte CDU Fraktionschef Grave fest, dass er gern gehört hat, dass nun die CDU-Forderung umgesetzt werden soll, dass der Abriss des Altgebäude in 6 Monaten beantragt und in spätestens 12 Monaten abgeschlossen sein soll. Auch sagte er, dass man in Herten bescheiden geworden sei, sich aber auch noch nicht von Hochglanzbildern beeindrucken lasse, denn solche wurden im Rat zu diesem Thema schon zu häufig gezeigt.

Ferner fragte er, welche Einzelhandelfläche geplant sei? Gave betonte, dass die CDU das Projekt befürwortet und begrüßt, trotzdem seien noch etliche Fragen zu klären. Die Beantwortung dieser Fragen sagten die Investoren zu. Daher wurde dieser Vorlage auch zugestimmt.

Dann wieder heftige Diskussionen beim nächsten Punkt "Kitanavigator". Auch hier sah die Verwaltungsspitze sehr schwach aus. Warf der Bürgermeister der Politik noch schlechte Vorbereitungen und pauschale Ablehnung vor, zeigte sich, dass die Verwaltung hier in der Vorbereitung nicht sauber gearbeitet hatte. So stimmten die Aussagen der Verwaltung zu den Kosten nicht! Erst die Recherche von Martina Ruhardt (Linke), welche beim Softwareanbieter ITK-Rheinland selber angerufen hatte, brachte dies zu Tage. Man kann dies schon als Skandal bezeichnen, wenn die Verwaltung hier in Vorlagen falsche Fakten liefert und die Politik so zu einer falschen Entscheidung lenkt. So waren z.B. zu Anbietern andere Preise genannt worden, als die in der Ratsvorlage ausgewiesenen. Dies vor allem vor dem Hintergrund, dass der Bürgermeister noch jüngst im Fernsehen beklagte, "die Politik sei gegen die Verwaltung". So verbittet sich der Bürgermeister quasi Kritik an der Verwaltung. Doch soll die Politik falsche Angaben der Verwaltungsspitze in Ratsvorlagen etwa kommentarlos hinnehmen?

Dies gab großen Unmut aller Ratspolitiker in der Sitzung!

Ratsherr Jürgens (FDP) merkt hierzu sogar an, dass der BM angetreten war, neue Wege in Herten zu gehen. Dann führte Jürgens an, dass der Bürgermeister im Fernsehen, im Rahmen der Gründung der Top(lak)-Partei, sagte, die Politik würde gegen die Verwaltung arbeiten und diese nicht wertschätzen. Gleichzeitig liefert die Verwaltung aber wiederholt und nachweislich falsche Daten/Informationen und die ehrenamtliche Politik muss durch eigene Recherchen die richtigen Daten ermitteln. Hier betont Jürgens, dass nicht die städtischen Mitarbeiter in der Verantwortung stehen, sondern der Bürgermeister als Verwaltungschef. So sagt Jürgens, dass wenn der Bürgermeister dies als Verwaltungschef nicht leisten kann, oder nicht will, er dann zurücktreten sollte!

Eine heftige Forderung, welche die Anwesenden nachdenklich stimmte.

Die weiteren Punkte und Diskussionen in Kürze im zweiten Teil zur Ratssitzung.

Fotos: CDU Herten

<u>Fred Toplak</u> Zitat ...der Bürgermeister lässt keine Kritik an seine Verwaltungsmitarbeiter zu, wurde hier leider in bekannter Manier "verwechselt" mit pauschal und persönlich beleidigen. Das lasse ich nicht zu, ganz einfach, weil es sich nicht gehört.

Aber.. auch hier. Die Bürgerschaft ist nicht so dumm wie manch einer glaubt.

Der Text spricht für sich...